

Joachim Raschke / Ralf Tils / Elmar Wiesendahl

Wertekrise und Strategie eines neuen Gleichgewichts

Werte setzen Maßstäbe für Lebensstile und das gesellschaftliche Zusammenleben. Neoliberale Entsolidarisierung und Individualisierungstendenzen haben das Wertegleichgewicht der Gesellschaft aber zerstört. Es ist nun an der Zeit, das Ruder herumzureißen. Eine sozialdemokratische Politik muss eine eigene Werteposition gegenüber der Ego-Kultur der Finanz- und Kapitalmärkte beziehen, um die gesellschaftliche Integration wiederherzustellen.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – dies war der Wertekanon der ersten europäischen Linken. Heute geht es im Kern immer noch darum, trotz allen Wertewandels seit der Französischen Revolution von 1789. Und es geht, wie von Anfang an, um die Balance zwischen diesen Werten, die, isoliert und verabsolutiert, in die Irre führen. Wichtig ist der Blick für Transformationen: Wertewandel wahrt die Substanz, wenn aus Gleichheit Gerechtigkeit wird, aus Fraternité Solidarität entsteht, aus Freiheit das libertäre Spektrum erwächst. Man muss wachsam sein gegenüber Reduktionen, die aus Freiheit nur Marktfreiheit, aus Gleichheit nur rechtliche Gleichheit machen wollen. Und man muss sich wappnen vor solchen Radikalisierungen, die einzelne – häufig reduzierte – Werte auf Kosten anderer maximieren wollen und durch fragwürdige Vereinseitigung das dynamische Gleichgewicht einer linken Wertefundierung stören, im schlimmsten Fall sogar zerstören. Die Entfaltung aller auf dem Fundament einer Gemeinschaft, gleiche Freiheit in Solidarität – dies sind harmonisch klingende Formeln linker Wertebalance, die tatsächlich stets Spannungsverhältnisse und Absturzgefahren symbolisieren.

Modernisierung und Neoliberalismus

Konservative und liberale Wertekulturen haben sich im Verlauf der Modernisierung aus dem revolutionären Wertehaushalt be-



Urs Klopfer

Joachim Raschke

(*1938) lehrte als Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg und ist heute in der Agentur für Politische Strategie (APOS) tätig.

raschke@politischestrategie.de



Ralf Tils

(*1970) lehrt Politikwissenschaft an den Universitäten Bremen und Lüneburg. Er arbeitet in der Agentur für Politische Strategie (APOS).

tils@politischestrategie.de



Elmar Wiesendahl

(*1945) war Professor für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr in München. Er ist jetzt Geschäftsführer der Agentur für politische Strategie (APOS). Im *Budrich Verlag* erschien zuletzt: *Volksparteien. Aufstieg Krise Zukunft.*

wiesendahl@politischestrategie.de

dient und eigene Verbindungen zu ihren Interessen und Kernorientierungen herstellt. Immer mussten Aushandlungen innerhalb des linken und rechten Lagers mit gesamtgesellschaftlichen Gleichgewichten in Einklang gebracht werden. Modernisierung war der dauerhaft wirksame Prozess, der auch einen Wertewandel auslöste.

Der gesellschaftliche Umbruch der 60er und 70er Jahre ging mit einem kultur-

kämpferischen Wertekonflikt einher und mündete in einer Art Burgfrieden. Als Ergebnis dieses soziokulturellen Modernisierungskonflikts wurde die hergebrachte bürgerliche Wertekultur um ihre Hegemonialstellung gebracht. Gleichwohl lieferte sie mit ihrem Wertekernbestand aus Anpassung, Recht und Unterordnung, Leistung, Anstrengung und Fleiß sowie Sitte, Ehrbarkeit und Anstand weiterhin für besitzbürgerlich-selbstständige und ländlich-konservative Bevölkerungskreise unverzichtbare Orientierungsleistungen. Demgegenüber behielt die egalitäre Solidarkultur der unteren und gehobenen Arbeitnehmerschaft, die Werte wie soziale Gerechtigkeit, gleiche Lebenschancen und Solidarität hochhielt, ihre Anziehungskraft. Besser gestellte, gebildete neue Mittelschichten erwärmten sich für den postmateriellen Wertewandel und orientierten sich an Werteprioritäten wie Selbstverwirklichung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Frieden und Schutz der Natur.

Ein befriedeter Wertekonsens war das nicht. Vielmehr ergab sich zwischen bürgerlich-konservativen, solidarisch-egalitären und postmaterialistisch-libertären Wertorientierungen eine spannungsgeladene Balance, die jedoch mit ihrer pluralen Spreizung für die zur Ruhe gekommene Gesellschaft ein verträgliches Zusammenleben ermöglichte. Zudem erzeugte der in allen drei Wertekulturen enthaltene Gemeinschaftssinnbezug etwas Verbindendes. Insofern steuerte die Gesellschaft in den 80er Jahren auf einen Wertekompromiss zu, mit dem viele Seiten leben konnten. Dieser Gleichgewichtszustand war indessen nicht von Dauer, weil ihm der Primat des »neuen Kapitalismus« erfolgreich zusetzte. Mit ihm gingen die Bindungen, Verlässlichkeiten und Klassenkompromisse des »Rheinischen Kapitalismus« über Bord. »Share holder value« stieg zum Maßstab kurzfristiger Kapitalverwertung auf. Für Arbeitnehmer wurden durch Flexibili-

sierungszwang, Intensivierungsdruck der Arbeit und Lohnverzicht die hässlichen Seiten des Kapitalismus wieder stärker erfahrbar. Wachsende soziale Ungleichheit kehrte zurück. Prekarisierung, soziale Polarisierung, blockierter Aufstieg und Abstiegsgänge der Mittelschicht waren die Folge. Ideologischen Begleitschutz erhielt der »neue Kapitalismus« durch den Neoliberalismus. Wissenschaftlich wurde er durch eine marktradikale Wirtschaftstheorie gespeist, die ungehindertes Unternehmertum und entfesselte Marktkräfte zur Grundlage allen Wohlstands erklärte. Vor allem wurde dem Staat als bürokratischem Monster und alle Selbstverantwortlichkeit erstickendem Steuer- und Wohlfahrtsstaat der Krieg erklärt. Gleichzeitig predigte man das Leitbild des freien, nutzenorientierten Individuums.

Gesellschaftliche Entwicklungen führten schließlich eine Individualisierung herbei: Die Erosion traditioneller Milieus, die Bildungsexpansion, das Entstehen einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, Konsumwellen, neue Kommunikationstechnologien – der Neoliberalismus gab der Verstärkung individueller Orientierungen eine egoistische Zuspitzung. Mit der neoliberalen Ideologie bahnten sich Egoismus, Gier, Ellbogenmentalität und soziale Rücksichtslosigkeit einen Weg in die bestehende Gesellschaftsstruktur. Neoliberalismus und radikaler Individualismus sind geistesverwandt, wenn sie sich auch aus unterschiedlichen Quellen speisen. Gegenüber den Säulen der bestehenden Wertekultur bündeln die Verfechter dieser Pseudo-»Werte« ihre zerstörerische Kraft, um bürgerliche, solidarische und postmaterialistisch-libertäre Werthaltungen zu untergraben.

Dabei ist der Neoliberalismus als Ideologie mehr ein Eliten-, denn ein Massenphänomen. Politischen Anklang fand er vor allem im Elitenbereich der bürgerlichen Parteien und unter FDP-, zum Teil auch unter Unionsanhängern.

Wertekompromiss in der Krise

Seit den 90er Jahren sind nun Balanceprobleme innerhalb der sozialen, postmaterialistischen und bürgerlichen Wertekulturen zu beobachten sowie eine schleichende Wertekrise der gesamten Gesellschaft, in der die gemeinschaftsbezogenen Orientierungen an den Rand gedrängt werden. Auch der Postmaterialismus zeigte sich für den neoliberalen Sirenenbesang empfänglich. Die Piraten, die mit Motiven individueller Emanzipation an postmaterialistische Orientierungen anschließen, haben zwar forcierte Ansprüche an sozialstaatliche Transferleistungen, denken aber wenig in Beziehungen wechselseitiger sozialer Verantwortung. Das war noch für den klassischen Postmaterialismus deutscher Provenienz, wie ihn die Grünen anfänglich repräsentierten, der mit progressiven Strömungen stark verkoppelt war, charakteristisch. So sind die Piraten heute die politischen Hauptrepräsentanten eines Radikalindividualismus auf postmaterialistischer Grundlage.

Bei der Bevölkerung haben beide Tendenzen – der Marktradikalismus und der egozentrierte Radikalindividualismus – zu tiefen Verunsicherungen geführt. Die große Mehrheit fürchtet sich vor einer Zukunft mit wachsender sozialer Kälte und einer entsolidarisierten Ellbogengesellschaft aus lauter Ich-zentrierten-Individuen.

Daraus erwachsen den Parteien neue Aufgaben. Denn Werte sind politisch, ja sogar strategisch beeinflussbar. Die legitimen Spannungsverhältnisse zwischen den Wertekulturen wirken nicht nur auf gesellschaftlicher Ebene, sie wirken auch in den Parteien. Der Kampf gegen die diagnostizierten Fehlentwicklungen wird nicht von den Parteien allein gewonnen, aber ohne ihre Kraft zu gesellschaftlicher Integration ist er zum Scheitern verurteilt.

Mit einer verängstigten Mehrheit im Rücken muss die Politik den Kampf gegen

die Verfechter einer markthypertrophen und radikalindividualistischen Wertekultur aufnehmen. Es geht darum, die eigensüchtige Ego-Kultur zurückzudrängen, die aller Voraussetzungen entbehrt, um mit der Gesamtheit aus bürgerlicher, solidarischer und postmaterialistischer Kultur veröhnt zu werden. Parteien und Politiker kommen nicht umhin, gegen die neoliberalen Leitfiguren in Wissenschaft, Wirtschafts- und Medienzentralen einen Gegenpol zu bilden. Offen gelegt werden muss, wem Neoliberalismus und Radikalindividualismus nützen und wem dafür welche Lasten aufgebürdet werden. Die Politik muss damit aufhören, ihr Handeln mit ökonomischen Sachzwängen zu begründen. Ohne sich auf das Wertefundament zurückzubedenken, dem sich die Politik verpflichtet fühlt, wird dies nicht gelingen. Indem die Politik pointiert zum Sprachrohr und Anwalt bürgerlicher, solidarischer und postmaterialistischer Werte wird, kann sie dazu beitragen, der auf eine abschüssige Bahn geratenen bundesdeutschen Wertekultur wieder zu einem neuen Gleichgewicht zu verhelfen.

An die Parteien, allen voran die SPD, richtet sich also die strategische Aufgabe, ihre Sprachlosigkeit gegenüber der Wertekrise zu überwinden. Die Sozialdemokratie muss eine eigene Werteposition finden und für ihre Schwerpunktwerte politisch kämpfen. Sie muss deutlich machen, wie vereinseitigte und radikalisierte Werte den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft auflösen. Zockerei an den Finanzmärkten, Plagiate im Wissenschaftsbetrieb und eine sich spreizende Schere zwischen Arm und Reich sind keine gesellschaftlichen Zufälle. Sie sind als Produkt einer weit verbreiteten Werteerosion durch übersteigerte Geld-, Status- und Distinktionsgier zu brandmarken, deren Folge eine zerstörerische Entsolidarisierung ist.

Die sozialdemokratische Botschaft könnte lauten: Die Gesellschaft ist aus dem Lot geraten. Wir schaffen ein neues Gleich-

gewicht. Gesellschaft muss nicht neu erfunden, aber sie muss in ein neues Gleichgewicht gebracht werden. Soziale Demokratie, soziales Miteinander, soziale Marktwirtschaft müssen neu justiert werden. Der Neoliberalismus, diese Radikalisierung des Marktes in letzter Konsequenz, hat den Gemeinsinn untergraben und das Soziale als ein tragendes Ordnungsprinzip der Gesellschaft dramatisch geschwächt. Die »Entfesselung« des Marktes privilegierte das Kapital auf Kosten von Arbeit und Sozialstaat. Soziale Marktwirtschaft geriet in die Schiefelage. Die wachsende Kluft zwischen Oben und Unten schwächte

die Gewissheit, dass gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Flexibilisierung als Grundprinzip (»Der flexible Mensch«) zerstörte Bindungen und Berechenbarkeit, die für ein soziales Miteinander unabdingbar sind. Das »Wir« ist gegenüber expandierenden Ego-»Werten« zu kurz gekommen.

Noch ist Zeit für Reparaturen. Viele, auch Sozialdemokraten, waren beteiligt, Störungen des Wertgleichgewichts zuzulassen oder zu ermöglichen. Jetzt kommt es für die SPD als Partei des Gemeinsinns und der sozialen Gerechtigkeit darauf an, gegenzusteuern. ■

Christian Krell

Zur wertepolitischen Verortung deutscher Parteien

In den letzten 20 Jahren wurde es als rückwärtsgewandt, altmodisch, bestenfalls romantisch wahrgenommen, wenn in der von ökonomischen Parametern dominierten politischen Diskussion Werte bemüht wurden. Doch dieser Verzicht ist folgenreich, für die politischen Parteien und für die Demokratie insgesamt.

Christian Krell

(* 1977) leitet die Akademie für Soziale Demokratie der FES und ist Lehrbeauftragter der Universität Siegen.

christian.krell@fes.de



gen eine pragmatische Orientierung jenseits von rechts und links verlangt. Es galt, entgrenzt von altem Lagerdenken, Sachzwänge zu akzeptieren und eine moderne Politik losgelöst von hergebrachten Wertmustern zu verfolgen.

Die Bedeutung der Werte

Deregulierung, Privatisierung, Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit; diese Chiffren bestimmten nicht nur die ökonomischen Debatten, sondern griffen über auf Bildung, Gesundheit oder Wissenschaft – auf fast alle Bereiche der Gesellschaft. Die Durchökonomisierung der Gesellschaft kannte keine Grenzen. Werte oder die Auseinandersetzung mit politischen Grundwerten spielten entsprechend kaum eine Rolle. Von der Politik wurde in jenen Ta-

Bemerkenswert ist, dass der Verzicht auf Wertedebatten und ihre orientierende Kraft im politischen Spektrum sowohl konservative als auch progressive Kräfte traf. Konservative Wertvorstellungen oder Tugenden, wie Ordnung, Familie, die Nation, die Schöpfung oder Treue, wurden im Zuge der Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Sphären ebenso an den Rand gedrängt wie progressive Bezüge zu Gerech-